

SPÖ

Pötsching

rundum

den 1. MAI

SONDERTEIL



Hoo ruuck! 2013 – Erinnerungsfotos von vergangenen Maifeierlichkeiten begleiten Sie durch diesen Sonderenteil.



Der 1. Mai als Feiertag ist das Ergebnis eines harten Kampfes der Arbeiterschaft, der Rebellion, um unfaire Strukturen aufzubrechen, und er ist das Ergebnis gelebter Solidarität. Die Solidarität der Arbeiterschaft hat sie stark gemacht und das Arbeitsleben

ankommen. Nur wenn alle mitmachen, können wir darauf hoffen, unser gewohntes Leben zurückzubekommen. Nur wenn wir solidarisch sind, erreichen wir unsere gemeinsamen Ziele am **Arbeitsmarkt**. Hier gibt es noch genug „Baustellen“, für die es sich zu kämpfen lohnt: die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Schaffung

Ein paar Gedanken zum 1. Mai

aller beeinflusst. Wer meint, dass das überholte, altmodische Ansätze sind, die keiner mehr braucht, irrt. Gerade jetzt ist Solidarität mehr gefordert denn je. Der 1. Mai ist traditionell ein „Protest- und Gedenktag“, doch auch heute sind gerechte Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit aktueller denn je.

Solidarität ist Zukunft – gemeinsam sind wir stärker, wenn es darum geht, etwas weiterzubringen. Das letzte Jahr hat uns alle auf die Probe gestellt, auch hier zeigt sich aber: Nur gemeinsam werden wir gegen die Pandemie

von Arbeitsplätzen, sowohl für junge als auch für ältere ArbeitnehmerInnen, gute Ausbildung für alle und auch das Recht auf genügend Freizeit.

Wir leben Solidarität in unserer Ortsgruppe, man stärkt sich gegenseitig und Projekte lassen sich viel leichter umsetzen. Der Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung setzen bei uns in Pötttsching Energien frei, die unsere Gemeinde zu dem macht, was sie ist.

Vom „Rebellensonntag“ ist der 1. Mai zum Staatsfeiertag geworden, begehnen wir ihn stolz und in dem Bewusstsein, dass schon viel erkämpft wurde,



jedoch noch viel getan werden muss. Die Zukunft bringt viele neue, große Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Stellen wir uns daher darauf ein, diesen Herausforderungen den Kampf anzusagen, das bereits Er kämpfte zu verteidigen und immer weiter fortzuschreiten, um die Welt für unsere Kinder besser zu machen.

Martin Mitteregger

– 1. MAI 2021 –

Da unsere traditionellen Maifeierlichkeiten nicht stattfinden können, werden wir heuer am 1. Mai vormittags zu Fuß durch den Ort unterwegs sein. Bei all jenen Häusern, deren BewohnerInnen sichtlich mit uns den 1. Mai feiern (Beflaggung oder Ähnliches), werden wir eine kleine Aufmerksamkeit hinterlassen.



Die Geschichte des 1. Mai

Von blutigen Protesten zum Staatsfeiertag.

Wir alle kennen den 1. Mai als Feiertag. So gut wie jede Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Österreich organisiert rund um den „Tag der Arbeit“ Fackelzüge, Kundgebungen oder andere Veranstaltungen. Aber welche Geschichte steckt eigentlich hinter diesem Tag?

Seit 1890 wird der 1. Mai als internationaler Tag der Arbeit in aller Welt gefeiert. Die Vorgeschichte der Mai-Feiern war blutig: Ein Streik amerikanischer Arbeiter, die in den **Maitagen 1886 in Chicago für die Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages gekämpft** hatten, endete mit einer gewalttätigen Polizeiaktion. Dabei wurden 17 Menschen getötet und über 100 verletzt. Den vermeintlichen Rädelführern wurde ein umstrittener Prozess gemacht, der mit der Hinrichtung von vier Angeklagten endete.

Danach sollten zwei Jahre vergehen, ehe die amerikanischen Arbeiter erneut ihre Forderungen zum Ausdruck brachten. Die „American Federation of Labor (AFL)“ beschloss auf ihrem Kongress von St. Louis im Dezember 1888 einen erneuten Versuch. Die Wahl fiel dabei nicht zufällig auf den 1. Mai. Es handelte sich bei diesem Datum um einen sogenannten „Moving Day“, einen traditionellen Stichtag für Änderungen von Arbeitsverträgen und für

Arbeitsplatzwechsel. Die Absicht dahinter war daher, etwaige Ergebnisse sofort in den neu abgeschlossenen Verträgen ihren Niederschlag finden zu lassen. Im Sommer des Jahres 1889 entschied sich der internationale Arbeiterkongress in Paris „eine große internationale Manifestation zu organisieren“ und schloss sich dem von der AFL gewählten Datum an. Am 1. Mai 1890 gingen Millionen ArbeiterInnen in ganz Europa auf die Straßen, um vor allem für den 8-Stunden-Tag zu demonstrieren. In Österreich wurde der 1. Mai erstmals 1890 begangen. Zentrale Forderungen der **ersten Maikundgebungen waren neben der Reduktion der täglichen Arbeitszeit die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sowie einer Pensions- und Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung.**

Nachdem der 1. Weltkrieg dem Aufstieg der organisierten Arbeiterbewegung jedoch ein vorübergehendes Ende setzte, führte der Zerfall der Donaumonarchie und die damit verbundenen sozialen und politischen Veränderungen zu einer Wiedergeburt der großen Maifeier. Am **25. April 1919 beschloss die Nationalversammlung die Erhebung des 1. Mai zum „allgemeinen Ruhe- und Festtag“.**

Der „Rebellensonntag“ von einst war zum Staatsfeiertag geworden.

1933 brachte die Regierung Dollfuß das Ende der Maifeiern in ihrer bisherigen Form und ihren traditionellen Inhalten: Sie verbot unter Gewaltandrohung jede Straßendemonstration – auch wenn das Wiener Stadion bei einer Massenkundgebung bis zum letzten Platz gefüllt war. Der austrofaschistische Ständestaat versuchte in der Folge, den 1. Mai zum „Tag der Verfassung“ umzufunktionieren. Festgottesdienste, Militärparaden und Huldigungszüge der Stände vor den neuen Machthabern prägten nun das Bild dieses Feiertages.

Der Weg führte pfeilgerade zum „Tag der deutschen Arbeit“, wie der 1. Mai ab 1938 unter dem NS-Regime genannt werden sollte. In Deutschland verhalfen ausgerechnet die Nazis dem Tag zu der Ehre, ein gesetzlicher Feiertag zu sein. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen die Feiern zum 1. Mai allmählich die uns heute bekannte Gestalt an. Sie entwickelten sich wieder zu einer Plattform für sozialpolitische Anliegen und zum Forum innenpolitischer Auseinandersetzung.

Quelle: Karl-Renner-Institut



Recht auf Arbeit durch Jobgarantie

Der Pötschinger Lukas Lehner startet ein Jobgarantie-Pilotprojekt in Marienthal.

Das Recht auf Arbeit ist seit jeher eine zentrale sozialdemokratische Forderung. Unter diesem Banner steht der 1. Mai. Es ist auch ein allgemein anerkanntes Recht, auf dass sich die Staaten unserer Welt in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geeinigt haben. Allerdings ist das Recht auf Arbeit vielfach nicht umgesetzt.

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat die Arbeitslosigkeit neue Rekordwerte erreicht. Arbeitslosigkeit ist nicht nur aufgrund des fehlenden Einkommens problematisch, sondern auch aufgrund fehlender sozialer Inklusion, psychischer Belastung und sozialer Stigmatisierung. Muss das so sein? Warum sollen nicht alle, die einen Job wollen, auch einen bekommen?

Das ist die Idee einer Jobgarantie: **Alle, die einen Job wollen, sollen auch einen bekommen** – vom Staat garantiert. In den USA, aber auch in Europa, kursieren immer mehr Vorschläge für eine solche Jobgarantie. Die Hoffnung ist, dass so eine Garantie ein Sicherungsnetz für alle schafft und die Wirtschaft stabilisiert, weil auch in einer Wirtschaftskrise alle weiter einen Job bekommen können. Und wer einen Job hat, kann auch mehr

Geld ausgeben. In Österreichs Gemeinden gibt es genügend Bedarf an Arbeit: von Alltagsbetreuung älterer MitbürgerInnen über Grünflächenpflege bis zur Renovierung verfallender Gebäude. In dieser Richtung ist Pötsching Vorreiter, etwa mit unserem Gmoabus, dem Sozialzentrum und der Kinderkrippe.

Im niederösterreichischen Gramatneusiedl geht das Arbeitsmarktsevice (AMS) nun einen innovativen Weg und versucht die Langzeitarbeitslosigkeit abzuschießen. Im Pilotprojekt Modellregion Arbeitsplatzgarantie Marienthal (MAGMA) bekommt jede Person, die 1 Jahr oder länger arbeitslos ist, einen Job angeboten. Wichtig dabei sind drei Elemente:

1. Die Jobgarantie ist freiwillig.
2. Die garantierten Jobs werden angemessen bezahlt werden.
3. Die Jobs müssen sinnvoll sein.

Der **Pötschinger Ökonom Lukas Lehner hat das Forschungsprojekt dazu mitkonzipiert** und evaluiert dieses an der Universität Oxford in Großbritannien. Nicht nur bei den Arbeitssuchenden, sondern auch international ist das **Projekt bisher auf großes Interesse gestoßen mit Berichterstattung in internationalen Medien wie CNN oder der Financial Times.**



Der Ortsteil Marienthal war bereits einmal Schauplatz prominenter sozialwissenschaftlicher Forschung. In der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ wurde in den 1930er Jahren von Paul Lazarsfeld, Marie Jahoda und Hans Zeisel die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit erforscht. (Die SPÖ Pötsching besuchte beim Maiausflug 2014 das wirklich sehenswerte Museum)

Das aktuelle Jobgarantie Projekt ist nun an den geschichtsträchtigen Ort zurückgekehrt, um die umgekehrten Effekte zu evaluieren: welche Auswirkungen hat Arbeit für bisher Arbeitslose. Das Pilotprojekt läuft bis 2023. Erste Ergebnisse werden demnächst erwartet.



45 Jahre sind genug

Die Bundesregierung entschied Aus für die Hacklerregelung – Thomas Izmenyi hält dagegen.

Im November 2020 hat die Türkis-Grüne-Bundesregierung die Neuauflage der Hacklerregelung zu Grabe getragen. Damit bleibt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Chance verwehrt, nach 45 Arbeitsjahren abschlagsfrei in Pension zu gehen. Doch nicht nur für die Hackler steht die abschlagsfreie Pension auf dem Spiel, auch für Schwerarbeiter und jene, die zu krank zum Weiterarbeiten sind. Durchschnittlich rund 360 Euro brutto im Monat verlieren laut AK-Berechnungen betroffene Arbeitnehmer – ein Leben lang. Das kann und darf nicht sein. 45 Arbeitsjahre sind genug. Es ist nur **gerecht, dass Menschen, die ihr Leben lang hart und fleißig gearbeitet haben, nach 45 Jahren ohne Abschläge in Pension gehen können.** Diese Abschaffung der abschlagsfreien Langzeitversicherten- („Hacklerpension“), Schwerarbeits- und Berufsunfähigkeits-/Invaliditätspension trifft laut türkis-grünem Beschluss all jene, die ab dem 1.1.2022 diese Pensionen antreten wollen.

Auch AK-Präsident Gerhard Michalitsch spart nicht mit Kritik an der ÖVP-GRÜNEN-Bundesregierung: „Das ist Politik gegen die Arbeitnehmer. Mit dieser Gesetzesänderung zeigt die ÖVP ihr

wahres Gesicht. Ihre Politik ist Verrat an den Arbeitnehmern. Auf dem Rücken der Beschäftigten machen sie der Industrie

genauso wie der echte Hackler. Das ist nicht sozial gerecht!

Die Arbeiterkammer schlägt daher **statt dem Aus eine Adaptierung der Hack-**

„Aus für Hacklerregelung ist ungerecht. Nach 45 Jahren muss abschlagsfrei Schluss sein.“

und den Unternehmern ein Geschenk nach dem anderen und den fleißigen Arbeitnehmern drohen Abschläge und massive finanzielle Einbußen – ein Leben lang.“

Der von Schwarz-Grün geplante „Frühstarterbonus“ – damit bekommen Menschen, die zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr gearbeitet haben, monatlich 60 Euro zusätzlich – als Ersatz für die Hacklerregelung, das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und wird die Einbußen nie aufwiegen. Unterm Strich ist das Aus der Hacklerregelung mit massiven Pensionseinbußen verbunden - gerade auch für Frauen, sobald das Pensionsantrittsalter auch für sie steigt. Der Frühstarterbonus ist bloß das Verteilen weniger Euro pro Person ohne soziale Treffsicherheit mit der Gießkanne. Diese Peanuts bekommt der Millionär

lerregelung vor, und zwar sollen die Versicherungszeiten des Bundesheeres, des Zivildienstes und des Wochengeldes in diese Regelung einbezogen werden und die Hacklerregelung soll auch auf die Pensionen der Jahrgänge 1954 bis 1957 angewendet sowie die Pensionen dieser Personengruppe (auf Anfrage) neu berechnet werden. Das wäre nur gerecht! Damit würden zwei große Lücken in der Hacklerregelung geschlossen. Denn Bundesheer-, Zivildienst- und Wochengeld-Zeiten sind ebenfalls Leistungen, die Respekt und Anerkennung verdienen.

(Quelle: Kammer für Arbeiter und Angestellte für das Burgenland)

45 Jahre sind genug!



Frauen – Arbeit – Krise

Nach mehr als einem Jahr Covid-19 sieht die Situation für Frauen nicht vielversprechend aus.

Zu Beginn einige Fakten vom Arbeitsmarkt:

Frauen trifft die Krise besonders hart. Die Arbeitslosigkeit im Februar 2021 stieg gegenüber dem Vorjahr bei Frauen um 40,2 %, bei den Männern nur um 24,6 %. Auch bei den Langzeitarbeitslosen (Menschen, die seit über einem Jahr ohne Erwerbsarbeit sind) stieg die Zahl bei Frauen um 47 %.

Knapp die Hälfte aller Frauen arbeitet in Teilzeit, hauptsächlich aufgrund von Betreuungspflichten gegenüber Kindern und älteren Angehörigen. Zusätzlich sind Branchen mit hohem Frauenanteil, wie etwa das Gesundheits- und Sozialwesen, jene mit der geringsten Entlohnung. Gemessen an den Bruttostundenlöhnen verdienen Frauen im Schnitt 20 % weniger als Männer. Die schlechtere Entlohnung führt nicht nur zu einem

geringeren Arbeitslosengeld, sondern birgt auch die Gefahr von Armut und vor allem auch Altersarmut. Nach wie vor sind 17 % der Frauen über 65 Jahre armutsgefährdet – fast doppelt so viele wie Männer in derselben Altersgruppe.

Gleichzeitig leisten Frauen weiterhin einen Großteil der unbezahlten Arbeit. Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zeigt, dass Frauen in Paarhaushalten mit Kindern im ersten Lockdown täglich rund 14,2 Stunden arbeiteten, knapp 9,5 Stunden davon unbezahlt. Doch am stärksten belastet waren Alleinerzieherinnen, die durchschnittlich 15 Arbeitsstunden täglich leisteten.

Es gibt kaum Hilfestellung, um die enormen Belastungen von Frauen in der Corona-Krise zu reduzieren. Die SPÖ fordert daher ein Arbeitsmarktpaket für Frauen:



- Ausbau von Frauenarbeitsstiftungen in ganz Österreich mit regional maßgeschneiderten Angeboten. Mindestens 50 Prozent der Mittel aus der Corona-Arbeitsstiftung sollen Frauen zur Verfügung stehen.
- Mindestens 50 Prozent der AMS-Mittel sollen für Umschulungs- und Weiterbildungsangebote von Frauen zur Verfügung stehen. Die Frauen sollen in dieser Zeit einen Mindestlohn von 1.700 Euro erhalten.
- Mehr Mittel für Frau-

- enberatungsstellen in ganz Österreich: Durch die Verknüpfung mit den AMS-Landes- und Regionalstellen soll eine gezielte Hilfestellung am Arbeitsmarkt erreicht werden. Ziel ist ein Rechtsanspruch auf Beratung.
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent zur dringend notwendigen Existenzsicherung von Frauen.

Sonja Frimmel
Frauenvorsitzende der SPÖ
Pöttching



1. Mai Cocktail @ HOME

Zuerst der Tag der Arbeit,
dann das Vergnügen!

Der 1. Mai Cocktail ist entstanden, als eine Gruppe von PötschingerInnen vor doch schon einigen Jahren während des Fackelzugs im Kir Royal einkehrte und bei Willi Macheiner einen „roten“ Cocktail bestellte. Der Cocktail kam so gut an, dass ein Name dafür gefunden werden musste. „1. Mai“ war die Antwort von Willi, und so wurde der Cocktail unter diesem Namen auch in die reguläre Getränkekarte aufgenommen.

Willi Macheiner hat Laura Moser im Garten besucht und mit ihr den „1. Mai“ Cocktail mit Bar-Utensilien, die in jedem Haushalt zu finden sind, zubereitet (ein leeres Gurkenglas ist beinahe ein perfekter Cocktail-Shaker). Die genaue Video-Anleitung finden Sie auf unserer Facebook Seite.

REZEPT (für eine Person)

Benötigte Utensilien: Schnapsglas, Löffel, Gurkenglas, Teesieb, Cocktailglas, Sparschäler

1 cl Campari
2 cl Wermut (Martini Rosso)
4 cl Rotwein (Blaufränkisch)
Eiswürfel
Orange
Bohnenkraut (alternativ Zitronenthymian)



1. Eiswürfel ins Gurkenglas geben
2. Bohnenkraut ein wenig zerdrücken, um die ätherischen Öle freizusetzen und hinzufügen
3. 1 cl Campari, 2 cl Wermut, 4 cl Rotwein hinzufügen (Schnapsglas als Messbecher verwenden)
4. Mit Suppenlöffel verrühren, bis der Cocktail kühl wird
5. Teesieb aufs Gurkenglas aufsetzen und Cocktail ins Glas füllen
6. Orangenzeste hinzufügen

Viel Spaß beim Nachmachen zuhause! 😊

